



BESOLDUNG

Erschwerniszulagenverordnung – Anpassung nur in anderen Bundesländern?

Im Rahmen der Dienstrechtsreform kommen die einzelnen Bundesländer immer mehr in Schwung.

Vielfach haben die einzelnen Länder eigene Gesetze und Vorschriften verabschiedet.

Brandenburg hinkt aber auch hier dem Trend hinterher. Während fast alle Bundesländer Erschwerniszulagen für besonders belastete Bereiche weiterentwickelt und die Höhe der einzelnen Zulagen an die Lebensverhältnisse angepasst haben, passiert in Brandenburg nichts! Mehrfach hat die GdP angemahnt, im Rahmen der Fürsorgepflicht der Landesregierung tätig zu werden. So zum Beispiel mit Schreiben vom 15. Mai 2008, in dem wir bereits auf eine gravierende Diskrepanz zwischen der Regelung für Polizeivollzugsbeamte des Bundes und der für Polizeivollzugsbeamte des Landes Brandenburg hingewiesen haben. Eine Sondierung der Möglichkeiten eines Nachziehs in diesem Bereich mit dem MdF wurde zugesagt – passiert ist nichts!

Nach Neuwahlen und Ministerwechsel ein erneuter Vorstoß der GdP zur Anpassung der Erschwerniszulagen am 24. Mai 2011. Immerhin antwortete unser Innenminister Dietmar Woitdke schon! am 16. August 2011: „... *Ihr Schreiben vom 24. Mai 2011 habe ich dankend zur Kenntnis genommen.*

Darin nehmen Sie Bezug auf die Resortabstimmung zu einem Entwurf für ein Gesetz zur Neuregelung des brandenburgischen Beamtenversorgungsrechts und bitten in diesem Zusammenhang um eine Angleichung der Brandenburger Regelungen an die des Bundes. Ich habe mich innerhalb der Landesregierung für eine wohlwollene Prüfung dieses Anliegens eingesetzt. Aus diesem Grund habe ich in einer von hier abgegebenen Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zur Reform des brandenburgischen Besoldungs- und Beamtenversorgungsrechts bereits um eine Erhöhung der Erschwernisse nach § 22 EZuV gebeten. Ich hoffe mit meinen Ausführungen Ihrem Anliegen gerechtgeworden zu sein ...“.

Passiert ist in Brandenburg bis heute nichts!! Sicherlich hat man sich im Finanzministerium mit der Besoldung beschäftigt, aber nicht damit, wie man diese verbessern kann. Während fast alle Bundesländer für ihre Beamten eine Erhöhung vorgenommen haben, will Brandenburg, so scheint es, auch hier Schlusslicht bleiben.

Die GdP Brandenburg fordert deshalb:

Erschwerniszulagen wie die Schicht- und Wechselschichtzulage und die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten bedürfen einer dringenden Anpassung an die veränderten Bedingungen des heutigen Schichtdienstes. Im Rahmen der Dienstrechtsreform Brandenburg sind die Anpassungen als landesspezifische Regelungen des Besoldungsrechts möglich und erforderlich.

Berücksichtigung der zusätzlichen Arbeitsbelastung durch veränderte Schichtmodelle

Die für das Land Brandenburg nachwirkend geltende Erschwerniszulagenverordnung des Bundes alter Fassung regelt aktuell für die Beamtinnen und Beamten in Brandenburg die Voraussetzungen für die Gewährung von Schicht- und Wechselschichtzulagen und deren Höhe sowie die Gewährung von Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten. Ein modernes Dienstrecht erfordert insofern eine Anpassung an die alltäglichen tatsächlichen Gegebenheiten. Dabei verbleibt es bei dem Grundsatz, dass Erschwerniszulagen nur zur Abgeltung besonderer, bei der Bewertung des Amtes nicht berücksichtigter Erschwernisse gezahlt werden. Sie sind nicht ruhegehaltsfähig.

Die nachwirkend geltende Erschwerniszulagenverordnung unterscheidet bei den Schichtdienstzulagen grundsätzlich

zwischen einer Zulage für Wechselschicht und Zulagen für Schichtdienst. Die Wechselschichtdienstzulage erfordert einen Dienstplan, der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit in Wechselschichten vorsieht und bei dem in je fünf Wochen durchschnittlich 40 Dienststunden in der dienstplanmäßigen Nachtschicht geleistet werden (§ 20 Erschwerniszulagenverordnung). Eine Schichtdienstzulage wird gewährt, wenn ständig Schichtdienst zu leisten ist (Dienst nach einem Dienstplan, der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit in Zeitabschnitten von längstens einem Monat vorsieht). Diese bisherigen Regelungen werden den veränderten Schichtdienstmodellen im Land Brandenburg nicht mehr gerecht. Die klassischen Schicht- und Wechselschichtdienstmodelle mit ihren langfristig vorplanbaren Diensten nach festen Schichtplanstrukturen bei gleichmäßiger Verteilung der Dienste auf alle Wochentage wurden weitgehend durch flexible Schichtdienstmodelle abgelöst. Durch die Einführung von FAM im Land Brandenburg wird eine hohe Flexibilität und Effektivität beim Personaleinsatz zugunsten des Dienstherrn erreicht. Der theoretische Ansatz, dass auch für die Beschäftigten eine bessere persönliche Planung und somit Freizeitgestaltung möglich wird, ist in Brandenburg auf Grund des engen Personalansatzes nur bedingt gegeben. Dies führt zu einer erheblichen Mehrbelastung der unter diesem Modell Schichtdienstleistenden. Eine verbindliche Dienstvorplanung erfolgt in vielen Fällen nur noch sehr kurzfristig (obwohl in abgeschlossenen Dienstvereinbarungen konkrete Festlegungen enthalten sind). Es findet regelmäßig eine Verschiebung der zu leistenden Dienste auf die Wochentage Freitag, Samstag, Sonntag und an diesen Tagen auf die Spät- und Nachtdienste mit den bekannten belastenden Folgen für das soziale Umfeld der Schichtdienstleistenden statt. Zusätzlich

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

werden neue Schichtdienste (so genannte „Lapperdienste“ – bedeutet überlappende Dienste), zum Beispiel 10.00 bis 18.00 Uhr und 18.00 bis 3.00 Uhr, zur Abfederung von Einsatzspitzen eingeführt. Diese Art des „Springerdienstes“ ist in seinen Auswirkungen noch belastender als der klassische Wach- und Wechseldienst. Ein modernes Dienstrecht muss sich an diesen veränderten Schichtdienstmodellen orientieren. Dies bedeutet, dass alle bedarfsorientierten Schichtdienstmodelle in die Erschwerniszulagenverordnung mit aufgenommen werden müssen. Die Zulage muss in Höhe der Wechselschichtdienstzulage gezahlt werden. Durch diese Regelung wird der administrative Aufwand, zu ermitteln, wer, wann, zu welcher Zeit welche Schicht gemacht hat, erheblich gemindert. Dies führt zu wesentlicher Kostenersparnis. Die Regelungen für die Gewährung von Schicht- und Wechselschichtdienstzulagen müssen auf Teilzeitbeschäftigte entsprechend ihrer Teilzeitanteile angewendet werden. Die bisherige Konkurrenzregelung des § 20 Abs. 4 Erschwerniszulagenverordnung ist abzuschaffen. Sie benachteiligt gerade diejenigen, die im durchgehenden Wechselschichtdienst ei-

ner besonderen Belastung ausgesetzt sind. Dies ist nicht hinnehmbar.

Besondere Belastung der Einsatzhundertschaften und der TEE

Für die Angehörigen der Einsatzhundertschaften und der TEE ist eine Zulage erforderlich. Diese sollte mindestens 200,00 Euro monatlich betragen. Die Gewährung dieser Zulage entspricht der wachsenden Belastung dieser Einsatzkräfte. Die Einsatzhundertschaften aus Brandenburg sind weit über die Landesgrenzen hinaus anerkannt und leisten tagtäglich hochwertige Arbeit. Sie gehen dabei regelmäßig an die Grenze der Belastbarkeit.

Die Herausforderung durch vermehrte Großereignisse, Sportveranstaltungen, Demonstrationen, Castortransporte und Ähnliches nehmen zu. Großeinsätze ziehen sich oft über Tage hin. Gleichzeitig sind die eingesetzten Beamten Zielscheibe von bewusst gegen sie gerichteter immer brutalerer Gewalt. Diese Bedingungen rechtfertigen eine besondere Zulage für diese Kräfte.

Gleichbehandlung der SE-Einheiten gegenüber dem Bund

Die Zulage für SE-Einheiten ist auf das Niveau der Zulage für GSG-9-Kräfte nach der Erschwerniszulage Bund anzuheben. Die auf Bundesebene vorgebrachte Begründung für die Gewährung dieser Zulage in der aus der Erschwerniszulage sich ergebenden Höhe gilt auch für die SE-Einheiten.

Diese Zulage ist auch für die Verhandlungsgruppe, den Personenschutz und die technischen Einheiten der SE-Kräfte zu gewähren, weil sie denselben Belastungen ausgesetzt sind, insbesondere sind die Gefährdungen identisch.

Dienst zu ungünstigen Zeiten

Durch die Gewährung einer Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten werden bestimmte Erschwernisse abgegolten. Die bisherige Rechtslage ist wie folgt:

Die Zulage wird in Stunden berechnet. Für Dienst über volle Stunden hinaus wird die Zulage anteilig gewährt. Dienst zu ungünstigen Zeiten ist Dienst an:

- Sonntagen und gesetzlichen Wochenfeiertagen
- an Samstagen nach 13.00 Uhr
- an Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12.00 Uhr
- am 24. und 31. Dezember jedes Jahres, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen
- an den übrigen Tagen in der Zeit zwischen 20.00 und 6.00 Uhr.

Die erheblichen Belastungen der Dienste zu ungünstigen Zeiten werden durch die geltenden Regelungen unzureichend abgebildet. Nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei müssen die Regelungen der Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten angepasst werden:

Die Gewährung von Dienst zu ungünstigen Zeiten ist auf Anschlusszeiten auszuweiten (z. B. Verlängerung des Nachtdienstes über 6.00 Uhr hinaus). Es ist eine Vereinfachung der Zulagenregelung durch eine neue Definition der Dienste zu ungünstigen Zeiten in höchstens zwei Stufen vorzunehmen. Der Stundensatz ist auf fünf Euro je Stunde anzuheben.

Aufwandsentschädigungen gemäß Erlasslage

Auch hier ist eine Anpassung der entsprechenden Beträge mehr als überfällig. So fordert die GdP z. B. die seit 2007 unveränderte Aufwandsentschädigung für Diensthundeführer endlich den aktuellen Gegebenheiten anzupassen!

Wolfgang Britt



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32 0
Telefax (03 31) 7 47 32 99

Redaktion:
Frank Schneider (Vi.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



FACHAUSSCHUSS K

Führung, Philosophie, Fortbildung – Sitzung des Fachausschusses Kriminalpolizei

Die drei Worte „Führung, Philosophie, Fortbildung“ durchzogen die gesamte Sitzung des Fachausschusses Kriminalpolizei, stets mit einem Blick auf die Praxis.

Basisweiterbildung

In seiner letzten Besprechung in diesem Jahr fasste sich der Fachausschuss mit dem noch in der Pilotphase befindlichen Projekt neue Basisweiterbildung der Fachhochschule der Polizei (FH).

Dies wird u. a. auch für die Kriminalpolizei angeboten und enthält ähnliche Elemente, wie sie die Fachausschüsse Kriminalpolizei und Fortbildung bereits im Jahr 2010 in einem Konzept herausgearbeitet haben. So ist beabsichtigt, die speziell auf Neueinsteiger und Wechsler von Organisationseinheiten ausgerichtete Fortbildung in Form von Modulen anzubieten. Diese werden anteilig in den Weiterbildungszentren, der Erarbeitung von Inhalten während der regulären Arbeit am Sachvorgang bzw. beim Kriminaldauerdienst und mit einer Präsenzphase an der Fachhochschule durchgeführt und enden dann insgesamt mit einer zu bewertenden Abschlussübung.

Auch wenn derzeit noch kein abschließendes Urteil gebildet werden kann und der Fachausschuss in seiner nächsten Sitzung die Themen Basisweiterbildung und Fortbildung der Kriminalpolizei mit den Experten der FH besprechen wird, kann man jetzt schon sagen: das ist die richtige Richtung. Wesentlich dabei ist jedoch, dass auch die Vorgesetzten den Wert von Fortbildung insbesondere bei den Präsenzphasen in der eigenen Dienststelle erkennen und den Mitarbeitern den nötigen Raum lassen werden.

Zentrab I und II

Einig waren sich die Mitglieder des Fachausschusses später auch beim Thema Zentrab I und II, dass sich Führungs- aber auch die Philosophien einiger Mitarbeiter verändern müssen, um beides, die neue Basisweiterbildung als auch Zentrab I und II, zu effektiven Bausteinen in der Polizei des Landes Brandenburg werden zu lassen.

Der Projektleiter Zentrab, Andreas Dingelstadt, stellte in überzeugender Art und mit konkreten Argumenten das Projekt Zentrab I und den Stand Zentrab II

dar. Beeindruckend war seine ehrliche Analyse der Stärken und Schwächen des Modells sowie der Chancen und Schwierigkeiten seiner Einbettung in die Polizeiarbeit.

Auch wenn der Schlussbericht erst Ende Februar 2013 vorgesehen ist und das System sich in den nächsten Jahren tatsächlich beweisen muss, so kann man schon jetzt sagen, dass langfristig betrachtet Zentrab I und II eine deutliche Entlastung der KKI durch die Bearbeitung von Delikten der Massen und Häufigkeitskriminalität ohne Ermittlungsansatz bzw. mit nur geringem Ermittlungsaufwand darstellen werden. Beide Modelle bieten aber auch den Mitarbeitern die Möglichkeit, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren. Sie könnten ggf. eine Art „Schutzraum“ für eingeschränkt dienstfähige MitarbeiterInnen sein.

Insgesamt bedarf es aber an der einen oder anderen Stelle einer Änderung der Arbeitsphilosophie, einer guten Führung und Fortbildung, nicht nur in den Organisationseinheiten Zentrab, sondern auch im Gesamtgefüge Kriminalpolizei.

Fachausschuss Kriminalpolizei

INFORMATION

Herzlich willkommen beim Sozialwerk der brandenburgischen Landesbediensteten e. V.

Wir sind ein gemeinnütziger Verein, der sich 1992 aus Vorsitzenden der Personalräte gegründet hat. Unser Ziel ist es, allen aktiven und ehemaligen Landesbediensteten sowie deren Angehörigen einen angenehmen Ausgleich zu den heutigen Leistungsanforderungen zu ermöglichen.

Besonders ansprechen möchten wir alle Polizisten sowie Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst. Nutzen Sie unsere preiswerten Erholungsangebote und knüpfen Sie neue Kontakte.

Ob Erholungsurlaub, Familienreisen oder Kinderbetreuung in den Ferien – gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern, dem Bundeswehr-Sozialwerk e. V. sowie dem Sozialwerk der Inneren Verwaltung des Bundes e. V., bieten wir Ihnen

umfangreiche Möglichkeiten, Ihre Freizeit und Erholung zu organisieren.

Schöpfen Sie neue Kraft. Lassen Sie den Alltag hinter sich. Gönnen Sie sich eine Auszeit!

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

Sozialwerk der brandenburgischen Landesbediensteten e. V.

Ministerium des Innern
Henning-von-Tresckow-Str. 9–13
14467 Potsdam

Geschäftsführerin: Heike Scholze

Tel.: 03 31/8 66 68 09

Fax: 03 31/6 00 16 10

E-Mail: heike.scholze@

sozialwerk.brandenburg.de

www.sozialwerk.brandenburg.de



Politik hautnah – Bildungsreise ins Europaparlament

Der SPD-Abgeordnete des Landes Brandenburg im Europäischen Parlament, Norbert Glante, lädt im Rahmen seines Kontingentes Bürger seiner Wahlkreise zu einer Bildungsreise ein. In diesem Jahr hatten auch sechs Mitglieder

Mosel-Gedenkstätte, um einzutauchen in die wechselhafte Geschichte von Elsass und Lothringen von 1870 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Das war Geschichte hautnah und dem größten Teil unserer Reisegruppe nicht so deutlich be-

beitung im Gebiet von Elsass und Lothringen mehr verbinden und verstehen. Eine erschütternde Wahrheit, aber auch eine gute Einführung in die wichtige gemeinsame europäische Politik. Dieser Abend endete mit einem gemeinsamen Abendessen und einer Weinprobe im französischen Dambach la Ville. Dank der hervorragenden Organisationen und der guten Fahrt unseres Fahrers fielen wir sehr spät erschöpft in Schwanau in unsere Betten.

Ja, am Montag, da wurde uns die Politik ganz nahegebracht. Bereits im Hotel waren die Informationen zum Thema „Wie funktioniert Europa? – Strukturen und Arbeitsweisen der Europäischen Union“ sehr wissenswert und so manch einer von uns merkte, wie wenig er über die Wichtigkeit der gemeinsamen europäischen Politik wusste. Aber warum sollen wir uns dafür schämen, wir wollten ja schließlich den Sinn dieser Politik erfahren und erfragen, denn wenn wir alles wissen würden, hätten wir diese Reise nicht antreten brauchen. Mit ein wenig



Die ganze Reisegruppe ...

der GdP, zu denen auch ich gehören durfte, inmitten einer bunt gemischten Gruppe das Glück, an dieser Fahrt vom 20. bis 23. 10. 2012 teilzunehmen. Obwohl vom Lehrling bis zum Rentner alles vertreten, war es trotzdem eine Gemeinschaft, bei der alles passte. Schon während der langen Anreise im modernen Reisebus fühlten wir uns gut umsorgt. Jeder bekam einen Informationsbeutel, der ihm die Möglichkeit bot, sich langsam an die Aufgaben des Europaparlaments heranzutasten, ohne dass man auf das herrliche Panorama verzichten musste. Uns erwartete am Anreisetag ein tolles gemeinsames Abendessen und ein sehr schönes Hotel kurz vor der französischen Grenze. Der Sonntag führte uns geradewegs nach Straßburg. Eine Stadtrundfahrt und eine anschließende Stadtführung mit deutschsprachigem Reiseführer, die individuelle Besichtigung des Münsters waren unwiederbringbare Eindrücke dieser Reise. Doch all das sollte auf keinen Fall das Ende des Tages sein. Unser Betreuer und Organisator dieser Reise, Sebastian Haunstein, Mitarbeiter in Potsdamer SPD-Europabüros, hatte viel arrangiert. Unser Bus brachte uns nach Schirmeck zu der am 18. 6. 2005 eröffneten Elsass-



... und die Brandenburger Abordnung

Bilder: H. Haverland

kennt, so mancher kalte Schauer ging durch unsere Körper. Seit der Führung durch dieses riesige Gebäude können wir mit den Worten Frankfurter Friedensvertrag, Krieg und Waffenstillstand, Germanisierung, Nazifizierung und Gleichschaltung, Reichsarbeitsdienst und Wehrmacht, Repressionen, der totale Krieg, Befreiung und Geschichtsaufar-

Hintergrundwissen ging es mit unserem Bus zum gemeinsamen Mittagessen in den Europarat nach Straßburg. Gut gestärkt machte uns Claudia Klein vom Europarat mit der Arbeitsweise und den Zielsetzungen im Allgemeinen und Markus Lehner im Besonderen mit der Arbeit hinter den Kulissen im Europarat bekannt. Heute lese ich so manchen politi-



SENIOREN

schen Artikel in der Zeitung intensiver und betrachte es mit anderen Augen. Politik erlebt, hilft, sie zu verstehen.

Ein gemeinsamer Spaziergang führte uns dann in und durch das Europäische Parlament. Eigentlich war der Tag um diese Zeit schon ganz schön anstrengend gewesen und nun eine weitere Einführung in die Arbeit des Europäischen Parlaments. Was sollte uns denn da noch erwarten? Doch durch unsere morgendliche Einführung wussten wir ja um den großen Unterschied zwischen Europarat und Europaparlament, also doch noch Erwartungen, die dann tatsächlich belohnt wurden. Nach einer allgemeinen Einführung in die Arbeit des Europaparlaments durch den Besucherdienst wurden wir für unsere Ausdauer entschädigt. Unser Gastgeber, der Europaabgeordnete Norbert Glante, sprach über seine Arbeit im Parlament in Straßburg und in Brüssel, von den Aufgaben in seinen

Wahlbezirken im Land Brandenburg. Um uns persönlich zu begrüßen und uns in vielen Fragen Rede und Antwort stehen zu können, hatte er sich zeitweilig aus der aktuellen Tagesordnungssitzung zum Thema „Gesamthaushaltsplan der EU für das Haushaltsjahr 2013“ ausgeklinkt. Wir selbst nahmen dann noch als Abschluss unseres Aufenthaltes im EU-Parlament für eine Stunde auf der Besuchertribüne des Plenarsaals zum oben genannten Tagesordnungspunkt teil. Überwältigend der riesige Saal mit Platz für 736 Abgeordnete, darunter zurzeit 99 deutsche Abgeordnete. Je weiter die Stunden an diesem Montag rückten, umso interessanter wurde der Abend. Mitten in der Stadt Straßburg waren wir noch einmal unserem Gastgeber hautnah. Er hatte uns zum gemeinsamen Abendessen eingeladen und nahm sich Zeit für jeden von uns zur Beantwortung spezifischer Einzelfragen. Der „politische“ Tag ver-

ging wie im Handumdrehen. Sicher sind noch viele Dinge im Unklaren geblieben. Doch jede Reise hat ein Ende und so auch unsere Bildungsreise nach Straßburg. Es war eine sehr schöne, interessante und wissenswerte Reise mit Einblick in die europäische Politik. Werde ich in Zukunft mit dem Wort EU konfrontiert, so weiß ich jetzt, dass es selbst da riesige Unterschiede gibt, und kann nun Zuständigkeiten von Europäischem Rat, Union, Parlament, Kommission, Gerichtshof usw. auseinanderhalten.

Im Namen aller Teilnehmer dieser Bildungsreise bedanke ich mich bei unserem Gastgeber Norbert Glante und besonders bei dem Organisator der wunderschönen und einmaligen Reise mit Bildungscharakter. Aus dem Kreis der Delegierten der Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei.

Marlis Wagner

Na, Kollege/Kollegin, wie geht's?

Unter diesem Motto trafen sich am 30. 11. 2012 nach langer Zeit wieder die Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe FHPol und fanden sich zu einer gemütlichen Runde im Café „Rosengar-

beitsbereichen tätig waren, gab es viele Gesprächsthemen. Viele berichteten aber auch aus ihrem jetzigen Leben und konnten Erstaunliches über große Radtouren, Reisen oder auch das Zusam-

folgt. Aber auch die aktuellen gewerkschaftlichen Entwicklungen, wie z. B. die Überlegungen der Brandenburger Landesregierung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und zur Neugestaltung der Beamtenbesoldung, stießen auf offene Ohren und verständnislose Blicke. In regen Gesprächen wurden Erinnerungen ausgetauscht, über die kleine und große Politik diskutiert und Pläne für die Zukunft geschmiedet.

Zukünftig möchten sich unsere Seniorinnen und Senioren öfter treffen. Dazu sind für das kommende Jahr drei Veranstaltungen angedacht: Ein Reisebericht zu einer Urlaubsreise nach Neuseeland im ersten Halbjahr 2013 und ein Ausflug mit einem noch näher zu bestimmenden Ziel in der zweiten Jahreshälfte. Zum Jahresende wollen wir uns dann wieder zu einer gemütlichen Runde beim Kegeln oder Bowlen treffen. Nähere Informationen zu den Terminen und organisatorischen Abläufen werden schriftlich an alle Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe zugesandt.

Wir würden uns freuen, wenn sich auch zu unseren kommenden Treffen viele Interessierte treffen.

Wir wünschen allen Mitgliedern der GdP-Kreisgruppe alles Gute für ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2013!

Kirstin Gebhardt-Zehmke
KG FHPol



Regel Austausch von Erfahrungen und Erinnerungen.

Bild: K. Gebhardt-Zehmke

ten“ in Wandlitz ein. Dabei war es interessant zu hören, wie lange oder auch wie kurz jeder im „Rentnerdasein“ weilt und mit welchen unterschiedlichen Erinnerungen an die eigene Arbeitszeit in unserer Einrichtung zurückgedacht wird. Da früher alle in den unterschiedlichsten Ar-

mensein in der Familie erzählen. Mit viel Interesse wurden die Ausführungen von Bodo Böhlemann und Kirstin Gebhardt-Zehmke zu aktuellen Entwicklungen in der Brandenburger Polizei, insbesondere der Umsetzung der letzten Polizeistrukturenreform in der Fachhochschule, ver-



GdP-Vertrauensleute II vom 22. 10. bis 24. 10. 2012 in Prieros

An einem Ort wie Prieros mit gleichgesinnten Gewerkschaftsaktivisten zusammenzukommen, ist schon ein ganz besonderes Erlebnis. Zumal es sich bei besagter Örtlichkeit um



Das ganze Team

die einstige Arbeitsresidenz des ehemaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR, Wilhelm Pieck, handelt.

Hinzu kommen die professionellen Motivationsgeber und Moderatoren, namentlich Dietmar und Mathias. An dieser Stelle schon einmal besten Dank an beide für die schönen Tage!

Viele der Teilnehmer kannten sich bereits aus anderen gewerkschaftlichen Veranstaltungen, Aktionen oder Seminaren.

Dass es bei solchen Seminaren auch mal heiß zugehen kann, hat unter anderem die Diskussionsrunde über das Für und Wider großer und kleiner GdP-Kreisgruppen gezeigt. Alle Argumente hierzu waren sachlich geführt und nicht von der Hand zu weisen, da sie den täglichen Arbeitsablauf und die Probleme in den einzelnen Kreisgruppen widerspiegelte.

Ein weiterer Themenpunkt war die unterschiedliche Vorgehensweise der Kreisgruppenvorstände in Bezug auf Informationsstreuung an ihre Vertrauensleute und letzten Endes an die Basis. Einheitlich waren alle der Meinung, dass Informationsweitergabe das A und O einer guten Gewerkschaftsarbeit ist und die Basis der Arbeit aller Vertrauensleute darstellt.

Erörterung fand auch die Stellung der Vertrauensleute, die Stärkung selbiger sowie die bessere Einbindung aller Mitglieder in die GdP-Arbeit. Den krönenden Seminarabschluss stellte das Lagerfeuer dar. Hier wurden gewerkschaftliche Themen



Grübel, grübel und studier ... Arbeitsgruppenarbeit

Bilder: M. Ziolkowski

in geselliger Runde noch einmal besprochen, Probleme erörtert und dem einen oder anderen Tipps und Lösungen mit auf dem Weg gegeben.

Eine super Sache! Vielen Dank! Timo

NACHRUF



Plötzlich und für alle unfassbar verstarb am 2. November 2012 während des Dienstes unser lieber Kollege Olaf Holger Trebe. „Ole“ absolvierte ein Studium an der Offiziershochschule in

Dresden und wurde danach als Gruppen- und Zugführer bei der 15. VP-Bereit-

schaft in Eisenhüttenstadt eingesetzt. Mit der Neustrukturierung der Polizei 1991 wechselte Olaf zur Bereitschaftspolizei der 4. Einsatzhundertschaft Frankfurt (Oder). Hier arbeitete er als Trainer Nichtschießen/Schießen/Eingriffstechniken und später als Trainer in der integrierten Fortbildung.

Im September 1999 beendete er erfolgreich eine einjährige Aufstiegsausbildung in den gehobenen Polizeivollzugsdienst.

Nach der Umstrukturierung der Weiterbildung im August 2011 war Olaf als Einsatztrainer im Weiterbildungszentrum Ost, Stützpunkt Frankfurt (Oder), tätig.

Olaf Trebe starb im Alter von 46 Jahren. Er hinterlässt eine Ehefrau und zwei Söhne. Ihnen gilt unser besonderes Mitgefühl und unsere Anteilnahme.

Unser Kollege und Freund „Ole“ ist nicht mehr da, wo er war. Aber er ist überall wo wir sind und seiner gedenken.

In Dankbarkeit und tiefer Trauer nehmen wir Abschied.

Kreisgruppe Fachhochschule der Polizei, insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Weiterbildungszentrums Ost.



AKTUELLES

Wir brauchen dich!

Das Jahr 2013 hat gerade erst begonnen und schon werfen wieder große Ereignisse ihre Schatten voraus.

Auch wenn es noch lange hin klingt, im März 2014 finden in allen Organisationseinheiten wieder Personalratswahlen statt. Also heißt es, dieses Jahr zu nutzen, um uns in unseren Gremien aufzustellen, die besten Kandidaten auszuwählen, diese bei den Kollegen bekanntzumachen und Werbung für unsere Gewerkschaft zu machen.

Und hier kommst du ins Spiel.

Wir wollen ein Redaktionsteam mit drei Kolleginnen und Kollegen aufbauen, die kreativ sind, quer denken und unserem Wahlkampf frischen Wind geben sollen.

Wir brauchen Leute, die sich mit Mediengestaltung und Webdesign auskennen oder einfach Spaß daran haben, mal etwas Neues auszuprobieren. Schulung inklusive. Unterstützt wird das Redaktionsteam von einem Wahlkampfteam, das

sich aus je einem Vertreter aller Personalräte zusammensetzt. Aufgabe des Wahlkampfteams ist die organisatorische/technische Vorbereitung der Wahlen.

Wenn wir jetzt euer Interesse geweckt haben, dann bewerbt euch unter gdp-brandenburg@gdp-online.de, Kennwort „Redaktionsteam“. Meldeschluss ist der 19. 1. 2013.

Die Auswahl erfolgt bis Ende Januar.

Euer GdP-Team

AKTUELLES

Was sonst so passierte ...

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagesbuches“ auszugswise aus der Arbeit der GdP-Zentrale in Potsdam.

November 2012

5. November 2012

Um 10:00 Uhr sind wir in der PI Potsdam zum Kooperationsgespräch zu unserer Großdemonstration am 14. November 2012 in Potsdam.

Nachmittags um 14:00 Uhr berät in der Geschäftsstelle die Rechtsschutzkommission zu aktuell vorliegenden Rechtsschutzanträgen.

Bereits eine Stunde später beginnt eine Beratung unserer Arbeitsgruppe ROT/ROT. Diese ist für die Entwicklung, Planung, Vorbereitung und auch Durchführung von Aktionen der GdP Brandenburg in Bezug auf unsere ggw. brennenden Themen Lebensarbeitszeit, Besoldungs- und Versorgungsreform, Weihnachtsgeld und Kennzeichnungspflicht zuständig. Hauptthema: Demo am 14. November 2012.

6. November 2012

Wie in den weiteren Tagen auch, geht es hauptsächlich um die Vorbereitung der Großdemo. Miettoiletten buchen, Straßensperrungen anmelden, Firma mit Beschilderung beauftragen, Bühne, Beschallung, Versorgung etc.

7. November 2012

Ich rechne die Kosten der Großdemo hoch und informiere BDK und DPoIG über den von ihnen zu tragenden Anteil. Unser Vorschlag war 70% GdP, BDK und DPoIG je 15 %.

8. November 2012

Reaktion DPoIG auf unsere Kostenrechnung – Geht gar nicht! Es nehmen sei-

tens der DPoIG ca. 50 Kollegen teil. Sie könnten maximal 500 € dazugeben ...

12. November 2012

Beratung der AG ROT/ROT; mit dabei Vertreter des BDK und der DPoIG. Es werden letzte Checks der Vorbereitung der Demo durchgeführt. Zu den Kosten erklärt der BDK, ebenfalls nicht die 15% tragen zu können. Aber 3500 € wären machbar.

13. November 2012

Letzter Tag vor dem Großereignis Demo. Was heute nicht geregelt werden kann, bleibt unerledigt. Ich habe das gute Gefühl, dass wir alles soweit überhaupt machbar im Griff haben.

14. November 2012

Ab 6:30 Uhr bin ich am Kundgebungsplatz. Die Bühne wird aufgebaut, unbe-rechtigt abgestellte Kfz müssen abgeschleppt werden, Plakate, Transparente, Einweisung Versorgung, Ordner ...

9:00 Uhr setzen sich vier Demonstrationstrümpfe mit je 500 bis 700 Teilnehmern in Bewegung. Wahnsinn!

15. November 2012

Ich stelle die Info zu unserer Großdemo ins Internet. Dazu erstelle ich eine Foto-strecke mit ca. 100 Fotos. Ich mache mir einen Plan, was in den nächsten Tagen dringend zu erledigen ist. Es musste ja doch einiges vorerst zurückgestellt werden.

16. November 2012

Das GdP-Bildungswerk wertet die Seminare 2012 aus und erarbeitet einen Seminarplan für das Jahr 2013.

19. November 2012

Wir schreiben den Ministerpräsidenten, den Finanz- sowie Innenminister an und fordern unter Bezugnahme auf unsere Großdemo am 14. November 2012 die

Aufnahme von Verhandlungen/Gesprächen zu unseren brennenden Forderungen ein.

21. November 2012

Termine beim Verwaltungsgericht Potsdam. Es geht um die Nichtgewährung von Schichtzulagen für Bereiche, die weisungsgemäß Dienst zu unregelmäßigen Zeiten verrichten sollen, diesen dabei in Form von Schichten leisten. Unseren Kollegen steht eine Schichtzulage zu. Gleich im Anschluss geht es zur Sitzung des Landesbezirksvorstandes der GdP. Schwerpunktthema: Wie geht es nach der Großdemo weiter!

Am Rande der Tagung organisiere ich einen Bus für den 27. November 2012 nach Dresden. Die Brandenburger GdP unterstützt die Kolleginnen und Kollegen in Sachsen in ihrem Kampf z. B. für ein Weihnachtsgeld.

23. November 2012

Ich erarbeite in einem Disziplinarverfahren die 1. Äußerung des/der Betroffenen.

27./28. November 2012

Am ehemaligen Sitz der Bundesgeschäftsstelle in Hilden findet eine Einweisung in die GdP-Literaturdatenbank statt. Eine tolle Sache für alle, die im Rahmen ihres Studiums/ihrer Ausbildung in Bibliotheken recherchieren.

29. November 2012

Ich bereite, soweit es den Bereich unserer Geschäftsstelle betrifft, unsere nächste Aktion vor. Sonntag, 2. Dezember 2012, 8:00 bis 10:00 Uhr vor dem Landespartei-tag von DIE LINKE.

Michael Peckmann



Mit Suzuki und der PSD Bank in den Frühling! Landesweite Tombola des Vereins „Grüner Stern“

Der „Grüne Stern – gemeinnützige Polizeihilfe e.V.“ ist ein gemeinnütziger

on einer Tombola auf ihren Polizeifesten unterstützt. Dies hat wesentlich dazu beigetragen, dass schnelle und unbürokratische Hilfe geleistet werden konnte.

Für das Jahr 2013 ist es dem Verein erneut gelungen, Sponsoren für die Durchführung einer Tombola zu gewinnen. So übergab Herr Thomas Biersack von der PSD Bank Berlin-Brandenburg am 5. 12. 2012 eine Spende in Höhe von 6000 € an den Vorsitzenden des „Grünen Stern“.

Von diesem Betrag und mit weiterer Unterstützung von Suzuki Deutschland, vertreten durch den Vertrags Händler Nölte in Potsdam, konnte als Hauptpreis der Tombola ein

Motorrad der Marke Suzuki Bandit 650 S ABS zur Verfügung gestellt werden.

Natürlich werden auch noch weitere Preise zu gewinnen sein.

Der Losverkauf des „Grünen Stern“ findet in der Zeit vom 28. Januar bis zum 27. April 2013 statt.

Alle Beschäftigten der Polizei sowie ihre Angehörigen können in der Geschäftsstelle der GdP und bei den Kreisgruppen Lose zum Preis von je 2,50 € erwerben.

Die Ermittlung der Gewinner erfolgt unter Ausschluss des Rechtsweges am 27. April 2013 durch den Vertreter der PSD-Bank und den Vorsitzenden des „Grünen Stern“.

Die Bekanntgabe der Gewinner erfolgt in Deutsche Polizei, Ausgabe Juni 2013.

Der Erlös der Tombola kommt in voller Höhe dem gemeinnützigen Verein „Grüner Stern“ zu Gute.

Eine rege Beteiligung ist ausdrücklich erwünscht – jedes verkaufte Los hilft, entstandenes Leid zu mildern!

Ulrich Rätzel



Thomas Biersack (l. i. B.) übergab Ulrich Rätzel die Spende für den „Grünen Stern“.

Verein, der mit Unterstützung der GdP im Jahre 1994 gegründet wurde.

Seine Aufgabe ist unter anderem, Soforthilfe für Kolleginnen und Kollegen zu leisten, die im Zusammenhang mit dem täglichen Dienst zu Schaden gekommen sind. Hinterbliebene werden ebenfalls im Rahmen der Möglichkeiten vom Verein unterstützt.

Der Verein finanziert sich über Spendengelder, aber auch durch Überweisungen von Geldstrafen, die von Gerichten oder Staatsanwaltschaften verhängt wurden.

In der Vergangenheit haben einige Kreisgruppen der GdP den „Grünen Stern“ regelmäßig durch die Organisati-



Der Hauptpreis

Bilder: W. Britt

